

Schwerpunktthema 1 – Inflation aktuell Q1/22:

Was bedeuten die steigenden Energiekosten für die österreichischen Haushalte?

von Friedrich Fritzer (friedrich.fritzer@oenb.at), Doris Prammer (doris.prammer@oenb.at) und Mirjam Salish (mirjam.salish@oenb.at)

Die Preise für Strom, Gas und Treibstoffe sind im Laufe des Jahres 2021 stark angestiegen. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung nach der schrittweisen Lockerung der pandemiebedingten Maßnahmen erholten sich zuerst die Rohölpreise von ihrem Tief im Jahr 2020, aber auch die Großhandelspreise für Gas und Strom zogen bald deutlich nach. Während bis vor kurzem aufgrund der Terminnotierungen¹ mit einer baldigen Entspannung gerechnet wurde, schnellten die Energiepreise nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine am 24.02.2022 weiter nach oben. Der Rohölpreis lag Ende März 2022 bei etwas über 110 EUR pro Barrel und war damit rund doppelt so hoch wie noch vor einem Jahr. Die Verbraucherpreise für Gas stiegen von Februar 2021 auf Februar 2022 um 64,3 %, jene von Strom um 14,9 % und die Kraftstoffpreise um 29,1 %. Umgerechnet in Euro bedeutet das für den durchschnittlichen österreichischen Haushalt² eine Mehrbelastung von beinahe 45 EUR pro Monat im Vergleich zum Februar 2021. Nicht nur die Haushalte, auch viele Unternehmen sind von den steigenden Energiepreisen betroffen und müssen mitunter mit erheblichen Zunahmen der Produktionskosten rechnen. Besonders stark betroffen sind die Hersteller von chemischen Produkten, die Metallerzeugung sowie die Papierindustrie, deren Erzeugerpreise seit Februar 2021 teilweise um mehr als 40 % gestiegen sind. Diese Kostensteigerungen sind für die Konsumentinnen und Konsumenten relevant, sofern sie an diese weitergegeben werden. Von mehreren Seiten³ wurden daher zuletzt Maßnahmen gefordert, um die Belastung durch die steigenden Energiepreise abzufedern und am 21.03.2022 stellte die österreichische Bundesregierung ein entsprechendes Entlastungspaket vor. Dieses Paket sieht neben verstärkten Investitionen in erneuerbare Energien verschiedene Abfederungsmaßnahmen für Haushalte sowie Unternehmen vor. Im Rahmen dieses Kastens analysieren wir anhand der Daten der jüngsten Konsumerhebung⁴, was die steigenden Energiekosten für die österreichischen Haushalte bedeuten und welche Haushalte besonders betroffen sind. Im Anschluss daran werden einige der vorgeschlagenen Entlastungsmaßnahmen kurz skizziert und im Hinblick auf deren Entlastungswirkung diskutiert.

¹ Terminnotierungen sind Preise für Energieträger (z. B. Rohöl, Gas, Elektrizität) die zu einem späteren Zeitpunkt geliefert werden. Händler auf Terminmärkten sichern sich damit gegen Preisschwankungen ab.

² Der durchschnittliche österreichische Haushalt gab laut Konsumerhebung 2019/2020 rund 220 EUR pro Monat für Haushaltsenergie und Treibstoffe aus. Auf Basis der Inflationsraten der verschiedenen Energieträger ergibt sich für den Zeitraum Februar 2021 bis Februar 2022 eine Mehrbelastung von ungefähr 45 EUR pro Monat, wobei hier mögliche Verhaltensänderungen der Haushalte nicht berücksichtigt wurden.

³ Siehe z. B. [Hohe Energiepreise: Wettrennen um Lösungen - news.ORF.at](#).

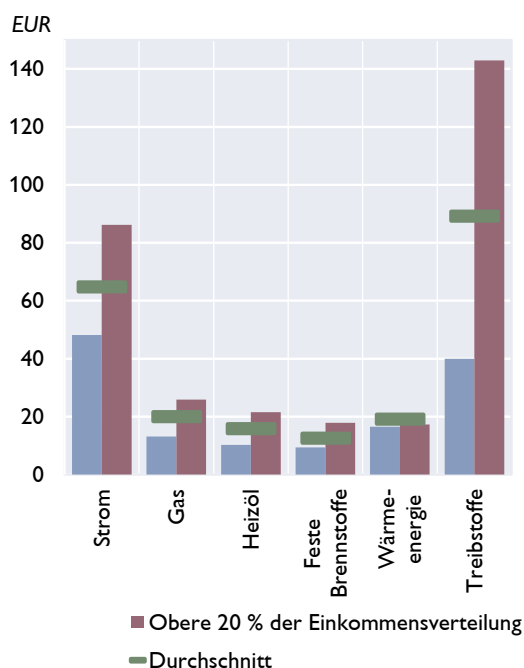
⁴ Die Konsumerhebung ist eine Stichprobenerhebung der Konsumausgaben der österreichischen Haushalte. Die Erhebung wird alle fünf Jahre von Statistik Austria durchgeführt und dient unter anderem als Grundlage für die Berechnung der Warenkorbgewichte des (H)VPI. Für Details siehe [Konsumerhebung 2019/20 \(statistik.at\)](#).

Die Energieausgaben der österreichischen Haushalte

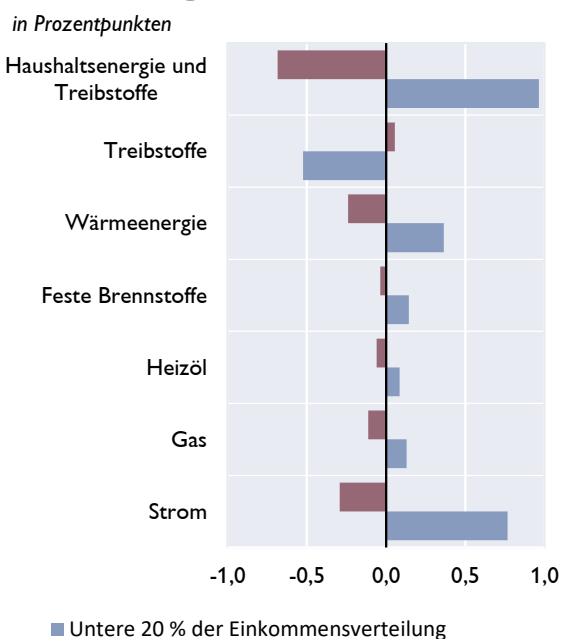
Anhand der Konsumerhebung 2019/2020 kann ein detailliertes Bild der Energieausgaben der österreichischen Haushalte gezeichnet werden. Im Durchschnitt machten die Ausgaben für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Heizöl, feste Brennstoffe und Fernwärme) und Treibstoffe im Erhebungszeitraum 6,8 % der Gesamtausgaben der österreichischen Haushalte aus. Jeweils rund ein Drittel davon entfielen auf Treibstoffe und Strom. Während einkommensstärkere Haushalte relativ zu ihren Gesamtausgaben mehr für Treibstoffe ausgeben als einkommensschwächere Haushalte, verhält es sich bei Haushaltsenergie genau umgekehrt. Insbesondere der Anteil der Stromausgaben ist in den unteren Einkommensdezilen deutlich höher. Absolut gab das oberste Einkommensdezil in etwa doppelt so viel Geld für Haushaltsenergie aus wie das unterste, bei Treibstoffen war es mehr als fünfmal so viel. Durchschnittlich wurden zum Zeitpunkt der Erhebung monatlich knapp 90 EUR für Treibstoffe, 65 EUR für Strom und 20 EUR für Gas ausgegeben, wobei auch hier deutliche Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen bestehen (Grafik 1).

Grafik 1

Monatliche Ausgaben für Energie



Ausgabenanteil für Energie: Abweichung vom Durchschnitt



Quelle: Statistik Austria.

Besonders hoch (sowohl absolut als auch relativ) sind die Ausgaben für Haushaltsenergie und Treibstoffe in ländlichen Gebieten. Dies liegt zum einen daran, dass dort der Individualverkehr eine größere Rolle spielt und die Haushalte mehr auf ihr Auto angewiesen sind. Zum anderen sind (Einfamilien-)Häuser weniger energieeffizient als Wohnungen, was bedeutet, dass mehr Geld für Strom und Heizen ausgegeben wird. Tendenziell wird in größeren Städten (insbesondere Wien) eher mit Gas und Wärmeenergie geheizt, während am Land eher mit Heizöl oder festen Brennstoffen geheizt wird. Die Heizkosten sind bei Ölheizungen (absolut und relativ) am höchsten. In größeren Städten wird in etwa 15 % weniger für Haushaltsenergie ausgegeben als in

ländlichen Gebieten und um die Hälfte weniger für Treibstoffe. Für einkommensstärkere Haushalte machen die Ausgaben für Haushaltsenergie jedoch unabhängig vom Wohnort (d. h. Stadt/Land) einen geringeren Teil der Gesamtausgaben aus. Im Verhältnis zu den Gesamtausgaben ist die Kostenbelastung für einkommensschwache Haushalte in ländlichen Gebieten somit besonders hoch. Ihre Haushaltsenergiekosten betragen in etwa 6,1 % ihrer Gesamtausgaben, während der Österreich-Durchschnitt bei 4,1 % liegt.

Haushalte, die eine Eigentumswohnung besitzen, geben einen geringeren Anteil für Haushaltsenergie aus als Haushalte, die in einem Mietverhältnis leben. Am größten ist die Belastung wenig überraschend für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer. Bei den absoluten Ausgaben ist der Unterschied zwischen einkommensstärkeren und einkommensschwächeren Haushalten mit Hauseigentum wesentlich geringer als bei Wohnungseigentum oder Mietverhältnissen. Für Arbeitslose sowie Pensionistinnen und Pensionisten ist der Energiekostenanteil an den Haushaltsausgaben besonders hoch, ebenso für Single-Haushalte und Alleinerziehende.

Fiskalpolitische Entlastungsmaßnahmen

Die steigenden Energiepreise führen zu einer Mehrbelastung der Haushalte von mehreren Hundert Euro pro Jahr und treffen vor allem sozial schwächere Haushalte. Diese Haushalte geben nicht nur einen größeren Anteil ihrer Gesamtausgaben für Energie aus, sie haben meist auch weniger Substitutionsmöglichkeiten. Um die Auswirkungen der steigenden Energiepreise abzufedern, wurden bereits im Vorfeld der jüngsten Debatte verschiedene fiskalpolitische Maßnahmen beschlossen. Ein regional gestaffelter Klimabonus soll den Preisanstieg ausgleichen, der aufgrund der ab Juli 2022 in Kraft tretenden CO₂-Bepreisung wirksam wird. Außerdem sieht ein Preisstabilitätsmechanismus vor, dass der Preisanstieg pro Tonne CO₂ im Folgejahr halbiert wird, sollte die Energiepreisinflation in den ersten drei Quartalen des aktuellen Jahres 12,5 % oder mehr betragen. Da die Prognose der OeNB (Inflation aktuell Q1/22, Abschnitt 2) in den ersten drei Quartalen 2022 eine deutlich höhere Inflationsrate für Energie erwartet, dürfte der Preisstabilitätsmechanismus im Jahr 2023 die CO₂-Bepreisung und somit die Kostensteigerung für die österreichischen Haushalte etwas verringern. Zudem wurden die Ökostromförderkosten 2022 ausgesetzt und ein Energiekostenausgleich in der Höhe von 150 EUR in Form eines Energiekostengutscheins für Haushalte mit Einkommen bis 55.000 EUR pro Jahr (bzw. 110.000 EUR bei zwei Personen) vereinbart. Arbeitslose, Studierende sowie Beziehende von Mindestsicherung oder Ausgleichszulage erhalten – wie bereits im Dezember 2021 – weitere 150 EUR als Teuerungsausgleich.

Im kürzlich (März 2022) angekündigten Energiepaket sind weitere (temporäre) Maßnahmen zur Entlastung der Haushalte vorgesehen: Senkung der Elektrizitätsabgabe und der Erdgasabgabe, Anhebung der Pendlerpauschale um 50 % sowie Vervierfachung des Pendlereuros bzw. für Niedrigverdienende ein einmaliger Negativsteuerbetrag von 100 EUR. Eine Preissenkung im öffentlichen Verkehr und dessen Ausbau sollen den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel attraktiver machen. Des Weiteren werden auch Unternehmen finanziell entlastet (u. a. Treibstoffsteuerrückerstattung für KMUs und Agrardiesel) und Investitionen in erneuerbare Energien verstärkt. Die Entlastung eines Durchschnittshaushalts beträgt pro Jahr in etwa 100 EUR durch das Aussetzen der Ökostromförderkosten und jeweils 70 EUR durch die Senkung der Elektrizitätsabgabe sowie der Erdgasabgabe. Die größte Entlastung genießen Pendlerinnen und

Pendler: Bei einer Pendeldistanz von 50 km wird eine Familie, ohne entsprechende öffentliche Anbindung, insgesamt um etwa 900 EUR pro Jahr entlastet (BMF, 2022)⁵.

Insbesondere Maßnahmen, die Preisanstiege bei Kraftstoffen ausgleichen, entlasten jedoch einkommensstärkere Haushalte relativ stärker und sind daher nicht nur aus Klimaschutzgründen kritisch zu hinterfragen, sondern auch aufgrund ihrer Verteilungswirkung. Der Klimabonus hingegen wird als Pauschalbetrag pro Person ausgezahlt und wirkt somit progressiv, da der Anteil der Energiekosten an den Gesamtausgaben in Haushalten mit niedrigen Einkommen höher ist.

⁵ BMF. 2022. [Energiepaket: Bundesregierung entlastet Bevölkerung und Wirtschaft um weitere 2 Milliarden Euro \(bmf.gv.at\)](https://www.bmf.gv.at).